

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboabonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich. Einzelheft monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierzehntägl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonne und Feiertage.

Redaktion: Brüderstraße 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Gesellschaftsamt: Brüderstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftsszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Unterlagen werden die eingestellte Zeitung mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinanzeigen 20 Pf. Interesse müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 222.

Dresden, Donnerstag den 24. September 1908.

19. Jahrg.

Ernste Zeiten.

Schwere Kämpfe drohen. Niemand gebe sich der verhängnisvollen Täuschung hin, er bleibe von ihnen unberührt. Eine solche Aussicht bedeutet entweder verbündete Torheit oder armlose Freiheit.

Es handelt sich in den Kämpfen, die sich drohend vorbereiten, um die Lebensinteressen des Volkes.

Noch herrscht "vorsichtiges" Schweigen über den Inhalt der Projekte, die dem Fleische, dass durch unsinnige Finanzwirtschaft die Zerrüttung der Finanzen herbeiführte, nun Mittel in der Höhe von

mindestens 500 Millionen

schaffen sollen. Den letzten Besitz will man liebhaben "schonen". Alles, was sich "notleidend" fühlt, kämpft rückfests und mit eindruckender Schamlosigkeit gegen jede Steuer, die von den Besitzenden zu tragen wäre. Der weitauß größte Teil der ungeheuren Rehbelastung soll den Schultern der Armen und Kérnen aufgebürdet werden. Dabei nimmt man selbstverständlich Rücksicht darauf, dass in der gegenwärtigen Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, der gesteigerten Gefahr der Arbeitslosigkeit, einer ungeheuerlich hohen Lebensmittelpreise die gesamte Lage der arbeitenden Klassen bis zur Unerschöpflichkeit schwierig geworden ist.

Man rechnet auf die Gleichgültigkeit der Massen, die so vieles schweigen und dulden können; man rechnet auf die dumpe und stumpfe Unterfangenbildung, die sich von einer rücksichtslosen bürgerlichen Presse mit Verhüllungen säubern und täuschen lässt; man rechnet auf die unbegrenzte Selbstverblendung der vielen, die dem Treiben der arbeiterfeindlichen Presse zugeschworen oder gar die selbstmordbereite Taktik befolgen, sich die schamlosen, verlotterte und verlogene bürgerliche Presse plaudern zu lassen.

In ein Arbeitersheim gehört die Arbeitspresse!

Wer das nicht selbst fühlt und selbst erkennt, gehört zu jenen Wohlwolligen, die noch doulbar sind, wenn man ihnen den tödlichen Strick um den Hals schlingt.

In Sachsen wird die Wahlrechtsfrage in Flug kommen. Die Entschiedenheit der Dreiklassenwahl schmackt auf das Schlechteste den Kampf aufzunehmen gegen das Gauleispiel der Wahlreform, gegen die jeder Scham haben Bestrebungen zu neuer streitung.

Nur die Arbeitspresse vertretet in dieser Lebensfrage der arbeitenden Bevölkerung Sachsen die Interessen des Volkes. Die gesamte bürgerliche Presse läuft für Geldinteressen, weil sie das Wahlgleichheitsideal von den Geldhändlern nicht erreichen will. Ihr ist jede Gelenkenheit willkommen, das arbeitende Volk zu schwächen, zu verschämen, jede Ausnahmemöglichkeit gegen Arbeiter zu verteilen, jede Brutalität gegen Arme und Beschläge zu rechtfertigen und gutzuheißen.

Wollt ihr ein Blatt, das euch schwächt, euch verhöhnt, euch mißhandelt, das euren schlimmsten und unerträglichsten Gegnern als Waffe dient?

Oder wollt ihr ein Blatt, das in jeder Frage, zu jeder Stunde für euch kämpft mit schärfsten Waffen?

Die Wahl kann keinem verhindern und ehrlich denkenden Menschen schwer fallen! Datum:

Werdet Leser der Dresdner Volks-Zeitung!

Parteigeschoss! Gerade in einer Zeit schweren wirtschaftlichen Drucks und drohender Gefahren auf politischem Gebiete bietet sich der Werbearbeit für eure Zeitung das dankbarste Feld. Sagt dem, die noch absitz sitzen und die Bedeutung der Arbeitspresse als des schärfsten Schwertes im Kampf gegen Vergeraltigung und Unrecht noch nicht erfasst haben, dass sie sich wehr- und waffenlos dem Schlimmsten in die Arme werfen, wenn sie sich auf verwerthliche Gleichgültigkeit, bänglicher Furcht oder leiser Kleinmütigkeit gegen das Kampforgan der arbeitenden Klassen ablehnend verhalten.

Sagt ihnen, dass es Selbstmord ist, wenn sie sich von der Presse ihrer schlimmsten Gegner bestimmen und beschwichten lassen!

Werbet Leser für die Dresdner Volks-Zeitung!

Kommunale Entwicklungen

in Deutschland.

Das Siegreiche Vordringen des sozialistischen Gedankens kommt auch darin zum Ausdruck, dass selbts seine Gegner sich gezwungen sehen, ihm Konkurrenz zu machen. Der Staats- und kommunalsozialismus ist kein etwas der demokratischen Sozialdemokratie, den die Sozialdemokratie erstrebt, Staats- und Gemeindebedürfnisse beruhen auf kapitalistischer Grundlage schon deshalb, weil es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft auch nur kapitalistische Betriebe geben kann, die in das kapitalistische Widerland einzutreten. Aber diese Betriebe gehören doch keinem Privatkapitalisten, sie sind nichtbesitzerneigner Einrichtungen, welche der Gemeinschaft, der Gesellschaft gehören und bis zu einem gewissen Grade in deren Interesse verwaltet werden. Die Sozialdemokratie ist daher auch fast für sie eingetreten, wie z. B. für Verstaatlichung der Eisenbahnen, Post, Bergbau u. a. u. ganz besonders aber für die Kommunalisierung der Betriebe, die den Bedürfnissen einer Kommune dienen.

Der größte Widerstand gegen die staatlichen und städtischen Wirtschaftsbetriebe wurde überall von den Liberalen, als den Vertretern der kapitalistischen Interessen, geleistet. Wie sehen daher auch, dass in den Ländern, wo der Liberalismus am mächtigsten war und noch ist, heute noch die Eisenbahnen und sogar teilweise noch die Post in den Händen der Privatkapitalisten sind, wie in England, Amerika, Frankreich, in der Schweiz u. a. Mit der Theorie vom freien Spiel der Kräfte suchten die liberalen Kapitalisten ihre Ausbeutung der Gesellschaft zu rechtfertigen. Dieses "freie Spiel der Kräfte" wurde allerdings durch die Monopole und Trusts bald aufgehoben und die Gesellschaft kam in die Abhängigkeit einzelner Kapitalistengruppen. Selbst die ganze kapitalistische Welt wurde dadurch geschädigt, denn überall ist es sich, dass da, wo die der Allgemeinheit dienenden Institute in Händen von Kapitalisten sind, die Entwicklung gehemmt, der Fortschritt aufgehoben wird. Die Privatbahnen in Frankreich wie in anderen Ländern sind genauso miserabel, und überall, in allen Staaten, ist heute die Bewegung stark, die die Verstaat-

lichung mindestens aller dem Verkehr dienenden Einrichtungen verlangt. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Frankreich ist bereits eine beschlossene Sache. Und wir brauchen nur daran hingewiesen, dass in Deutschland die Industrie, soweit sie nicht selbst an Bergwerken beteiligt sind, die Verstaatlichung der Bergwerke erstreben, weil sie unter dem Kohlenzuwuchs der fortwährenden Bergwerke leidet.

Zum Glücken hat sich aber das Bedürfnis, sich von dem Joch kapitalistischer Gesellschaften zu befreien, in den Kommunen geltend gemacht. Als vor 11 Jahren Vindemanns interessantes Buch über Städteverstaatlung und Municipalismus in erster Ausgabe erschien, erregte es ganz besonders deshalb das größte Aufsehen, weil es zeigte, wie in dem überalen England, wo die Wanderschichttheorie sich am festesten eingewurzelt hatte und eine sozialistische Bewegung, wie in Deutschland, nicht vorhanden war, sich dennoch aus den Verhältnissen heraus ein Municipalismus entwickelt hatte, der vorbildlich für alle übrigen Länder geworden ist. Auch in Deutschland ist der überale kapitalistische Widerstand gegen die Kommunalisierung der den Interessen der Gemeinde dienenden Betriebe ebenfalls abgewiesen worden, wofür auch die Tatsache spricht, dass heute selbst überalen Organe für die kommunalen Wirtschaftsbetriebe einzutreten, die bisher ihre größten Gegner waren. So auch das freiliegende Berliner Tageblatt, das für längst ebenso entschieden für den Municipalismus — die Nachahmung des englischen Beispiele — eintrat, wie es Jahrzehnte hindurch für die private Initiative plädierte. Es habe lange gedauert, meint das überale Blatt, und nicht gerings wäre verurteil, ehe man sich von dem Gedanken frei machen könnte, dass möglichst alle Wirtschaftsbetriebe, auch die im öffentlichen Interesse unternommenen, der Privatinstitution überlassen bleiben müssten. Lehrreich sei es aber, doch gerade in demjenigen Lande, das zuerst den Schritt von der möglichst weit ausgedehnten Privatinitiative zur Besteigung öffentlicher Bedürfnisse aufgestellt und durchgeführt hatte, nämlich in England, zu allererst der Umsturz der Anschauungen zutage getreten sei. In Deutschland müsse nun das englische Beispiel früher als bisher nachgeahmt werden. Die angekündigte Entwicklung unseres Süddeutschland stellt eben unsere Städteverwaltungen vor ganz neue Aufgaben, die eine den Saitenschauungen entsprechende Lösung ge-

bieten. Gerade vom Standpunkt der bürgerlichen Selbstverwaltung aus ist es auf das innigste zu wünschen, dass der große soziale Moment sein kleines Verwaltungsgeschlecht gefunden haben möge, sondern ein solches, das mit offenen Sinnesorganen für die Entscheidungen der umgebenden Welt ausgetüftet, auch ihren Problemen gegenüber sich völlig gewaschen gelgen und tatsächlich einzutreten entschlossen soll. Es ist ein alter, durch tausendfache gesellschaftliche Erfahrung bewährter Satz, dass nur derjenige Halt vor bleibt, der aus einer gereiften Erkenntnis heraus freiwillig den Zeitanforderungen genüge tut, anstatt sich deren Erfüllung erst durch die unüberstieglich gewordene Macht der Umstände abtreten zu lassen."

Das ist ganz vom bürgerlichen Standpunkt aus gesprochen. Über das Verlangen, den "Selbstanschauungen", den "Zeitanforderungen" der umgebenden Welt, den "Selbstveränderungen" freiwillig Rechnung zu tragen, bevor eine "unüberstieglich gewordene Macht" sie abträgt, entspringt der Erkenntnis, dass die in Betracht kommenden kommunal-sozialistischen Tendenzen sich "gebietlich" durchsetzen werden und dass ein weiterer Widerstand vergeblich ist.

Kürzlich gingen durch die bürgerlichen Blätter Artikel über die "Schuldenlast der deutschen Städte". Es wurde mitgeteilt, dass die Schuldenlast der Städte am 31. März 1907 rund 3.8 Milliarden betrug, während das Reich damals nur 3.4 Milliarden Schulden gehabt habe. Das seien die "Schäden seitens der städtischen Entwicklung", hieß es in einem dieser Artikel. Dies löst sich aber leiderwegs so ohne weiteres behaupten. Dieselbe Erkenntnung zeigt sich auch in England, wo die Verschuldung der Kommunen von 123 523 445 Pfund Sterling im Jahre 1874/75 auf 215 543 545 Pfund im Jahre 1892/93 gestiegen ist, wozu Vindemann in seinem Buch über den Municipalismus in England sehr richtig bemerkte: "Dies rasche Anwachsen städtischer Schuld ist trotz aller Bedingungen ein erfreuliches Zeichen dafür, dass die Städte zu der Erkenntnis ihrer zahlreichen Aufgaben erwacht sind und dass die lange Periode trübler Situationen ein Ende erreicht hat. Die Höhe einer städtischen Schuld gibt im allgemeinen gar keinen Maßstab der tatsächlichen Verhältnisse. Ein großer Teil derselben kann dazu geboten haben, Gas- und Wasserwerke, Straßenbahnen, Märkte, Elektrizitätswerke zu anzukaufen und einzurichten und daher direkt produktiv sein. Die Einfüsse aus diesen Unternehmungen deuten sehr häufig nicht nur die Vergünstigung und Tilgung dieses Teils, sondern liefern auch noch Nebenkosten, die zur Vergünstigung der nicht oder wenigstens nicht direkt produktiven Schuld verwendet werden." Das trifft auch für Deutschland zu. Nach einer Untersuchung von Professor Neese, die im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte veröffentlicht wird, hatten von 58 Städten mit über 50 000 Einwohnern 44 eigene Gaswerke, 43 eigene Wasserwerke, 30 eigene Elektrizitätswerke, 22 eigene, meistens für ihre Beamten und Arbeiter errichtete Wohnhäuser und nur 10 eigene Straßenbahnen. Alle diese Betriebe lieferen sehr gute Ergebnisse.

Diese Statistik gibt jedoch nur ein sehr unvollständiges Bild. In städtischer Verhältnis befinden sich im Jahre 1908 in Deutschland 510 Elektrizitätswerke, 842 Gasanstalten, 48 Straßenbahnen, 1976 Wasserwerke, 239 Desinfektionsanstalten, 784 Schlachthäuser und Viehhäuser und 44 Markthallen. 1791 Elektrizitätswerke, 543 Gasanstalten und 135 Straßenbahnen gehörten noch privaten Unternehmen.

Über auch nicht nur in der Kommunalisierung von Betrieben und in der Anangriffnahme des Errichtens von städtischen Wohnhäusern kommt die kommunal-sozialistische Entwicklung zum Ausbruch, sondern auch in der Säuglingsfürsorge, den Milchzentralen, der Schulförderung, der Tierverpflegung, den Waldbesitzungsstätten usw., die sich in den letzten zwei Jahren so verbreitet haben, dass bereits die Forderung nach sozialen Gesetzen besteht und erhoben wird, um diese Einrichtungen zu einer Kette zu verbinden.

In dieser Entwicklung gibt es keinen Halt. Die Kommunalisierung der Apotheken wird heute auch bereits von bürgerlicher Seite gefordert. Und die Verjüngung der Einwohner mit Lebensmittelmitte durch die Kommune rückt auf den Milchzentralen, den städtischen Fleisch-, Fisch-, Rohsteveraufsstellen usw. heraus. Eine große Perspektive eröffnet sich auf diesem Gebiete. Was vorhanden ist, das ist alles nur ein kleiner Anfang. Und was heute entsteht, sind Einrichtungen der bürgerlichen und kapitalistischen Gesellschaft und tragen deren Gepräge. Nichtsbestimmiger gelgen sie die Dichtlinien an, auf denen sich die Entwicklung vollzieht, die heute freilich dadurch wesentlich gehemmt wird, dass die Klasse wahrscheintlich durch die Gemeinderäte und Parlamente den besitzenden Klassen ohne weiteres die Herrschaft sichern und den Einfluss der Arbeiter nicht genügend und in vielen Fällen gar nicht zur Geltung kommen lassen. Die Eroberung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts an den Kommunalwahlen ist die Voraussetzung dafür, dass Größeres und Wertvolleres in den Gemeinden geschaffen wird.

Die Parteipresse über den Parteitag.

(Fortsetzung.)

Das Hamburger Echo:

"Das Resultat des Auseinandersetzungen war, wie aus unserem ausführlichen Bericht bekannt, die Annahme der Resolution des Vorsteuertages, die die Lübecker Resolution nach einer Einschränkung unterwarf. Wir haben in unserer Beitragsartikel zum Parteitag die Meinung vertreten, dass die Lübecker Resolution ausreichend sei, wenn man sie nicht in ungünstiger Weise zu interpretieren ver-